

daß es ebenso unverantwortlich sei, homosexuell veranlagten Menschen zu einer heterosexuellen Bindung oder gar Ehe zu raten, wie es abwegig wäre, von ihnen grundsätzliche Entschlossenheit zu verlangen.

In seinem Begleitschreiben zu dieser bemerkenswerten Handreichung verweist Beier auf die kritischen Anfragen, die während der Synodentagung an die Grundpositionen des Ausschlußpapiers gestellt wurden. Sie betreffen den humanwissenschaftli-

chen Befund wie die biblische Auslegung. Zugleich betont er aber die Einigkeit der Synode in der Ablehnung einer moralischen Verurteilung von homosexuell lebenden und liebenden Menschen und unterstreicht seinerseits noch einmal den entscheidenden Punkt, von dem aus die Mitglieder des Ausschusses argumentiert haben: „Darum sollen die strittigen Fragen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg bedacht und entschieden werden.“

Auch in anderen Landeskirchen sind ähnliche Fragestellungen aufgebrochen. Konkret befassen sich auch bereits mehrere Kirchenämter mit der möglichen Zulassung offen homosexuell lebender Mitarbeiter zu kirchlichen Ämtern. Allein das Gewicht, das die große rheinische Landeskirche innerhalb der Gliedkirchen der EKD besitzt, verleiht dem nun im Rheinland breit angelegten Diskussionsprozeß eine gewisse Signalfunktion.

A. F.

Mehr als eine Protestpartei?

Die bisherigen Erfolge und Mißerfolge der Republikaner

Ob die Republikaner tatsächlich mit acht bis zehn Prozent der Stimmen 1994 in den Deutschen Bundestag einziehen werden, wie es ihr alter und neuer Vorsitzender Schönhuber auf dem Parteitag Mitte Juni im niederbayerischen Deggendorf prophezeigte, ist keinesfalls sicher. Aber es spricht vieles dafür, in den Republikanern nicht nur eine kurzlebige Protestpartei zu sehen. In ihrer Verbindung von traditionellem rechtsnationalem Gedankengut und Artikulation von in bestimmten Bevölkerungsschichten verbreiteten Abstiegs- und Überfremdungsängsten sind sie Ausdruck tiefgehender gesellschaftlicher Verwerfungen.

Seit den spektakulären Stimmengewinnen bei den baden-württembergischen Landtagswahlen am 5. April und dem kaum weniger sensationellen Einzug der Deutschen Volkunion (DVU) in den schleswig-holsteinischen Landtag am gleichen Tag ist die „neue“ Rechte und sind insbesondere die Republikaner wieder politisches Tagesgespräch. Hatte da nur der Volkszorn zugeschlagen und Denkmäler verteilt, weil die Bürger den Eindruck haben, die Politiker betätigten sich nicht in ihrem Sinne, sie behandelten nicht die Probleme, die der Stimmbürger für dringlich hält und ließen es überhaupt an Tatkraft und Entscheidungsfreude fehlen?

Entschieden sie sich deshalb für eine Gruppierung, die den starken Mann wenigstens markiert, um insbesondere den großen Volksparteien zu zeigen, daß man auch anders kann? Und spielten dabei die stramm rechten, nationalistischen, völkischen Parolen der Republikaner und deren ideologisches Umfeld keine oder nur eine Nebenrolle?

Oder wächst in den Republikanern nun doch eine national-konservative bis rechtsradikale Gruppierung heran, die insbesondere den Volksparteien gefährlich werden kann und die das gesamte deutsche Parteiensystem, das im Osten in seiner Konsistenz ohnehin akut gefährdet ist, zunächst im Westen und dann in Gesamtdeutschland

durcheinander wirbelt? Folgen nun den „Grünen“ in den achtziger Jahren als Vierter Partei die Republikaner in den neunziger Jahren als fünfte Formation, die Aussicht hat, sich auch im Bund auf Dauer zu etablieren?

Auf Medienleute und professionelle Wahlanalysen wirkte es fast schon beruhigend, daß es nach den 10,9 Prozent in Baden-Württemberg bei den Kommunalwahlen in Berlin – in Gesamtberlin – entgegen alarmierenden Prognosen „nur“ 8,3 Prozent waren und in den üblichen Umfragen die Repts bundesweit wieder auf 5 Prozent und darunter zurückfallen. Aber damit ist natürlich die Frage nicht beantwortet: Hat hauptsächlich der Protest Konjunktur, der heute anschwillt und morgen wieder verebbt oder sich spätestens übermorgen andere Ventile sucht, oder wird daraus eine neue rechte Partei, die nicht bloß radikale Splitter sammelt, sondern sich auf Kosten der Mitte auf Dauer im deutschen Parteienspektrum behauptet?

Kontinuität bisher nur in Bayern

Verfolgt man die bisherige „Erfolgsgeschichte“ der Repts, dann fallen drei Phasen auf: die erste Phase, die späten achtziger Jahre; die zweite Phase, die Zeit der deutschen Vereinigung; die dritte Phase, die Zeit danach. Bekanntlich sind die Republikaner in ihrem Ursprung ein *bayerisches Gewächs*. Hervorgegangen sind sie 1983 aus einer Verbindung aus wenigen von *Franz Josef Strauß* enttäuschten CSU-Weggefährten und Anhängern des in Bayern populären, aber SS-belasteten, ebenfalls CSU-nahen Rundfunk- und Fernsehjournalisten *Franz Schönhuber*, der trotz aller innerparteilicher Wirrnisse und Widerstände es geschafft hat, bis heute an der Spitze der Repts zu bleiben und der erst am vergangenen 14. Juni auf dem Parteitag in Deggendorf mit dem respektablen Ergebnis von 90 Prozent der Delegierten als Vorsitzender bestätigt wurde.

In Bayern errang die Schönhuber-Partei auch den ersten nennenswerten Erfolg: 3 Prozent bei den Landtagswahlen 1986. Schon damals wurde darüber gestritten, ob die CSU – damals noch unter Franz Josef Strauß – durch scharfe rechtskonservative Parolen den Republikanern Wasser abgegraben oder Stimmen zugeführt hat. Der Streit darüber ist insbesondere in der Union nie mehr verstummt. Doch dachte damals noch kaum jemand daran, die neue Formation könnte über Bayern hinaus ein Faktor werden. Ihre ersten Versuche, in anderen Regionen Fuß zu fassen, waren nicht ermutigend: Landtagswahlen in Bremen 1987 1,2 Prozent; Landtagswahlen 1988 in Baden-Württemberg 1,0 Prozent; Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1988 0,6 Prozent. Den Durchbruch brachte erst die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1989 mit 7,5 Prozent und dann noch spektakulärer im Juni des gleichen Jahres die Europawahl mit bundesweit 7,1 Prozent (mit sensationellen Ergebnissen im Süden Deutschlands: Bayern 14,3 Prozent, Baden-Württemberg 8,7 Prozent).

Mit der zweiten Phase kam dann allerdings der *abrupte Rückschlag*. In der Zeit der deutschen Vereinigung war für die Schönhuber-Partei wenig zu holen. Es war die Zeit nationaler Hochstimmung; die Genugtuung über die Öffnung der Mauer und das Ende der deutschen Spaltung übermächtigte alles andere. Gerade in dieser Zeit erschien eine neonationalistische Partei am überflüssigsten. Sie verschwand weitgehend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Soweit sich die Medien mit ihr beschäftigten, bezog sich das Echo mehr auf die innerparteilichen Hahnenkämpfe zwischen Schönhuber und seinen Rivalen. Sie zeigten eine programmatisch wie personell noch wenig gefestigte Partei. Bei den diversen Landtagswahlen der Jahre 90/91 blieb sie Splitterpartei am rechten Rand. Bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 erreichte sie ganze 2,1 Prozent. Allein in Bayern war auch in dieser Phase Kontinuität zu erkennen: Kommunalwahl 1990 5,4 Prozent, Landtagswahl 1990 4,9 Prozent, Bundestagswahl 5 Prozent (in Baden-Württemberg 3,2 Prozent).

Aber wer meinte, die deutsche Einigung habe die Chancen der Republikaner erstickt, sah sich bald getäuscht; die Repts wurden zwar geschwächt, aber nicht mehr aus dem Rennen geworfen. Mit dem Abschwung der Euphorie über die deutsche Einheit und dem Ende des Kommunismus in Osteuropa kam auch der Wiederaufschwung der Repts.

Dem *Einheitsthema*, bei dem die Schönhuber-Anhänger völlig versagten, weil sie weniger auf die Wiedervereinigungschance setzten, sondern den in der Sache längst geregelten Verlust der Ostgebiete politisch einklagten, folgten in weitgehend negativer Perspektiven *hautnähere Themen*, die vor allem den „kleinen Mann“, auf den die Repts mit gezieltem Wirtshauspopulismus setzten, bewegten: insbesondere das *Asylantenthema*, dazu die von den großen Parteien nur wenig thematisierte, gesetzgeberisch in Bonn lange blockierte, aber angesichts der Zunahme von Gewaltausbrüchen und organisierter Kriminalität breitere Schichten mehr und mehr bewegende *innere*

Sicherheit; die zu wenigen und zu teuren, für untere und selbst mittlere Einkommensklassen vor allem in Ballungsräumen kaum erschwinglichen *Wohnungen*; eine zu lahmen beginnende Konjunktur, die im Nachkriegsdeutschland immer schon Aufschwungzeit für rechte Gruppierungen war (Beispiel: die NPD Mitte der sechziger Jahre); Unbehagen an der europäischen Entwicklung besonders nach Abschluß der Verträge von Maastricht, zunehmende Angst um Stabilitäts- und Wohlstandsverlust.

Alle diese Symptome brachten in der dritten Phase – nach der deutschen Vereinigung – den neuen Aufschwung, ohne daß es dafür ein insgesamt schlüssiges Erklärungsmuster gäbe: 10,9 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Der Erfolg der Republikaner kündigte sich an in Umfragen, in ihrem geschickt auf Verstärkung von Ressentiments zielenden Wahlkampf, in der populistischen, die anderen Parteien an die Wand drückenden Besetzung des Asylthemas, durch eine eingängige Verknüpfung nationaler oder schichtgebundener Vorurteile über soziale Problemlagen. Aber wohl niemand rechnete bis zum Wahltag mit einem zweistelligen Ergebnis, an das am gleichen Tag 6,3 Prozent für die eindeutig rechtsradikale Deutsche Volksunion in Schleswig-Holstein und dann Ende Mai das schon genannte Ergebnis in Berlin anschlossen.

Teilphänomene tiefergehender Veränderungen im Wählerverhalten

Was an dieser Drei-Phasen-Entwicklung auffällt, ist die Parallele in der Veränderung des Wahlverhaltens und der Einschätzung der Parteien insgesamt. Die späten achtziger Jahre brachten insgesamt tiefergreifende Veränderungen im Wählerverhalten: Rückgang der Stammwählerschaft bei den großen Parteien, Zunahme der Wechselwähler, schwächer werdende Wahlbeteiligung. Die Entwicklung geht *auf Kosten der beiden großen Volksparteien*; ihr Anteil an den Wählerstimmen wird auffallend geringer. Die CDU muß bei Landtagswahlen überproportional hohe Verluste hinnehmen; die SPD profitiert in der Regel nicht oder nur geringfügig davon. Es gibt eine erste ziemlich rege Debatte über die Erosion von Volksparteien; von Krise, gar von deren „Ende“ (*Friedrich Karl Fromme* in der FAZ) ist die Rede.

Begleitet wird diese Entwicklung von Klagen über nachlassenden politischen und moralischen Grundkonsens. „Die einander widerstrebenden weltanschaulichen Positionen sind in den vergangenen vier Jahrzehnten weiter auseinandergedriftet als das ursprünglich der Fall war, sie widersetzten sich – gerade in ethischen Fragen – oft schon denkgesetzlich jeder Möglichkeit eines substantiellen Kompromisses, und die ökonomischen Interessengegensätze sind merkwürdigerweise in dem Maße härter geworden, in dem der allgemeine Wohlstand gewachsen ist“ – so Professor *Roman Herzog*, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, bei einer Gedenkfeier zu 40 Jah-

ren Grundgesetz (in: Christen und Grundgesetz, Hg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Paderborn 1989, 121).

1989 – das Jubiläumsjahr des Grundgesetzes – war weniger Jubel – als zumindest für das deutsche Parteiensystem Krisenjahr. Herzog bei gleicher Gelegenheit: „Also steht das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland insgesamt auf dem Prüfstand, und die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Grünen und die Republikaner auf die Dauer neben den etablierten Parteien halten können, ist jedenfalls nicht geringer als die Wahrscheinlichkeit, daß sich das herkömmliche System als wiederherstellbar erweist“ (a.a.O. 124).

Diese Stimmung änderte sich schlagartig mit der *deutschen Vereinigung*. Die eher düsteren Prognosen der späten achtziger Jahre verschwanden in gesamtdeutscher Hochstimmung; es zogen alle jene Parteien den Kürzeren, die es nicht verstanden, die politische Wiedervereinigung Deutschlands zur eigenen Sache zu machen. Die Bundestagswahl 1990 brachte die Quittung für die Grünen und die Republikaner und, wie damals nicht anders zu erwarten, auch der SPD. Aber die Euphorie über die politische Vereinigung Deutschlands und die erstaunliche Tatsache, daß das westdeutsche Parteiensystem sich fast bruchlos und mit vergleichbarer Gewichtung auf das Gebiet der früheren DDR übertragen ließ, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wahlbeteiligung weiter zurückging (von 84,4 1987 auf 77,8 (Gesamtdeutschland)); daß auch der Anteil der beiden großen Volksparteien weiter sank (von 81,3 auf 77,3); daß zwar die Grünen Schiffbruch erlitten, die Reps bundesweit bedeutungslos blieben und in den neuen Bundesländern nicht Fuß fassen, aber sich regional doch behaupten konnten.

Teil einer europaweiten Entwicklung im rechten Teil des Parteienspektrums

Und mit dem Sichtbarwerden der Probleme der *inneren* Einigung nach der mit Bravour gelungenen *politischen* Vereinigung, mit dem Unbehagen im Westen wegen der notwendigen Wiederaufbauleistungen für den Osten und der Enttäuschung über den ausbleibenden oder zu langsamen Aufschwung Ost, den die Wähler nicht überzeugenden Finanzierungskonzepten aus Bonn, der unsicheren europäischen Entwicklung, den Zeichen zunehmender Krisensymptome in der Bonner Koalition, den Unsicherheiten und Widersprüchen in der Asylfrage kehren die alten Phänomene aus der letzten Zeit vor der Wiedervereinigung wieder: die Wählerfluktuation setzt sich fort, die Volksparteien verlieren weiter an Boden; bei den Kommunalwahlen in Berlin schafften CDU und SPD zusammen nur noch knapp 60 Prozent, ein Ergebnis, das zur Zeit *Willy Brandts* die SPD noch allein erreicht hatte.

Und mit der „Rückkehr“ der „alten“ Wahlrends setzen sich auch die Diskussionen von ehemals wieder fort: über die unsichere Zukunft der Volksparteien, über die drohende Zersplitterung des deutschen Parteiensystems, über die schwindende Integrationsfähigkeit der Volksparteien,

über die Nachfrage nach neuen Politikangeboten, über die Verbreiterung radikaler Positionen an den Rändern.

Allerdings verschärft sich die Stimmung jetzt zu einem *vieltimmigen Klagelied über Parteienverdrossenheit*, über Unbehagen an der Politik allgemein und über die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, zwischen Institutionen und einzelnen. Zur gleichen Zeit breiten sich europaweit rechtspopulistische Bewegungen aus: die FPÖ des *Jörg Haider* in Österreich, die Nationale Front *Le Pens* in Frankreich, die „Leghe“ des *Umberto Bossi* in Norditalien (vgl. dazu Überblick, HK Mai 1992, 210 ff.). Will man also die Zukunft der Reps einigermaßen realistisch beurteilen, muß man wohl alle die hier angezogenen Problemschichten bedenken: die aktuell ungelösten oder schwer lösbaren Aufgaben, die es ihnen erleichtern, Ressentiments und Sozialneid zu wecken, gegen die EG zu polemisieren, die den Deutschen nur das Geld aus der Tasche ziehe, und gegen die Maastrichter Verträge über die Währungs- und Politische Union, denen die „stabile“ DM geopfert werde, oder mit Hilfe des Asylthemas und der Gefährdung der inneren Sicherheit durch organisierte Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit zu schüren; das wachsende Unbehagen an den „etablierten“ Parteien, die sich unter immer komplexeren Bedingungen und ständig steigendem Problemdruck bei gleichzeitigem Konsensverlust schwertun, Probleme überhaupt zu entscheiden und die Entscheidungen, die sie treffen, dem Bürger rational begreiflich zu machen. Dann kommen die Zeichen von *Politikverdrossenheit*, die traditionell bei den einen zur Abwendung von Politik überhaupt, bei anderen zur Bevorzugung radikaler Parteien führt; die Symptome tiefergehender und längerfristig wirksamer Veränderungen im Parteiensystem, die tendentiell zu seiner Aufsplitterung führen, durch die radikale Positionen größere Chancen erhalten, ihre potentielle Klientel um sich zu sammeln; und die Tatsache, daß es gegenwärtig europaweit eine Tendenz gibt, die rechtspopulistischen Formationen, so unterschiedlich sie unter sich auch sind, insgesamt Auftrieb gibt und daß sich in dieser Tendenz zwei Entwicklungen verbinden: die Rückwendung zum Nationalen und Regionalen, die aus einer tiefsitzenden Angst vor Identitäts- und Werteverlust kommt, mit einer aggressiven Strategie gegen die „etablierten“ Parteien, die man als bürgerfremd, als verbraucht und als entscheidungsunfähig hinstellt.

Bedenkt man alle diese Problemschichten und die Reaktionsmuster in der Bevölkerung darauf, so fällt es schwer, in den Republikanern „nur“ eine Protestpartei zu sehen, die Produkt einer aktuellen Problemkonjunktur ist und mit deren Abflauen wieder verschwindet.

Problematisch ist wohl auch die wahlanalytisch nur schwer zu sichernde Erkenntnis, daß die Republikaner als *Partei*, als Politikangebot eines und ihre *Wähler* und Sympathisanten etwas ganz anderes sind. Selbstverständlich wenden sich viele Republikaner-Wähler der Partei in erster Linie des Protestes wegen zu, ohne sich viel Rechenschaft über deren ideologisches Grundmuster zu geben. Aber zum einen gibt es seit je in den meisten

europäischen Ländern ein rechtsnationalistisch eingefärbtes Potential mit hohem „Law-and-Order“-Bedürfnis. In Deutschland waren solche Strömungen aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit weitgehend tabuisiert; teilweise wurden sie durch die Frontsituation der Bundesrepublik im Ost-West-Verhältnis im parteipolitischen Streit gebunden oder ins zweite oder dritte Glied gedrückt.

Mit der schrittweisen Rückkehr des Landes zur gesamtdeutschen „Normalität“ werden sich auch seine historischen Formationen wieder stärker verselbständigen. Zudem wächst am rechten Rand der Union und im traditionellen sozialdemokratischem Milieu durchaus eine anfällige Schicht heran: kleinbürgerlich im Lebensstilzuschnitt, wirtschaftlich zu einigem Wohlstand gekommen, aber mit Ängsten vor Wohlstandsverlust besetzt; in der Lebensplanung vor allem darauf eingestimmt, das Erreichte zu erhalten, geistig/sozial aber von der Vorstellung geprägt, zwar nicht zu den Fußkranken des Fortschritts, wohl aber zu ökonomisch dennoch Zukurzgekommenen zu gehören.

Diese Schicht ist nationalistischen Parolen und sozialem Sündenbockdenken durchaus geneigt. Umgekehrt gibt es unter Handwerkern, kleinen Selbständigen und Freiberuflern genug Menschen, denen die von ihnen so bezeichnete „libertäre Schmutzgesellschaft“ nicht behagt, die ihrerseits das Empfinden haben, durch sozialstaatliche Freigebigkeit, durch Aufbauhilfe Ost und Eurotransfers zu einem guten Teil um die Frucht ihrer Leistungen gebracht zu werden.

Ein straff nationalistisches Potential ist durchaus vorhanden in der kleinstädtischen Bevölkerung, in der Industriearbeiterschaft, bei Arbeitern und Angestellten in benachteiligten Wirtschaftszweigen, das sich bei den Republikanern mit traditionellem deutschnationalem Gedankengut mischt, ohne daß sich sagen läßt, es sei purer Faschismus, oder altes nationalsozialistisches Gedankengut feiere wieder Urständ. Die Alt- und Neonazis sind und bleiben ein *Randphänomen*. Was sich aber in den Republikanern neu artikuliert, ist die Verbindung des Empfindens drohender sozialer Deprivation mit deutschnationaler Haltung, die sich zuspitzt in Ausländerfeindlichkeit und antieuropäischer Gesinnung.

Das ergibt noch kein breites, geschlossenes Gesinnungsmilieu, woraus eine Partei wie die Republikaner wie aus dem Vollen schöpfen könnte. Aber genau hier setzen Programm und Propaganda an: nationale Selbstbestimmung, geistig-moralische Erneuerung im Sinne der Verwirklichung „deutscher Werte“, Erziehung zu „rechtschaffenem Denken und Handeln“ im Sinne dieser Werte. In der „Programmgestaltung“ fällt der mildere, zurückhaltendere Ton des im Januar 1990 in Rosenheim verabschiedeten, jetzt geltenden Programms gegenüber den Vorgängerprogrammen auf, getreu der Strategie Schönhubers, sich nicht mit ideologischem Ballast aus dem NS-Gedankengut zu belasten, um sich um so erfolgreicher als rechtskonservative Partei zwischen Union und NPD ansiedeln und aus-

breiten zu können. Die Grundtendenz ist allerdings auch da noch deutlich, auch wenn sie nicht immer mit gleicher Klarheit ausgesprochen wird: Deutschland den Deutschen, weg von Europa, nachdrückliches Bekenntnis zum Nationalstaat unter Berufung auf das Wort Herders, daß Völker „Gedanken Gottes“ sind, strikte Einheit von Volk, Staat und Nation.

Ausländer sind Gäste, keine Mitbürger, deswegen in jedem Fall kein Ausländerwahlrecht, deswegen Familienzusammenzug nur in Ausnahmefällen, kein Rechtsanspruch auf Einbürgerung, strikte Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern. In den *Wahlprogrammen*, z. B. in dem für Baden-Württemberg, wird gegenüber dem zahmeren Grundsatzprogramm dann nochmals um einiges deutlicher, was im Sinne der Republikaner nationale Politik ist: „keine europäische Regionalisierung unseres Landes“, Abgrenzung, nicht Vereinheitlichung der Kulturen, keine Erleichterung der Einbürgerung, restriktive Handhabung langfristiger Aufenthaltsgenehmigungen, Streichung des Grundrechts auf Asyl. In die Augen springt ebenfalls das autoritäre Menschenbild etwa im Verhältnis von Mann und Frau, in der Beschreibung der Erziehungsziele bei gleichzeitig durchschimmernder Technikgläubigkeit.

Die demokratischen Parteien müssen in den eigenen Reihen Klarheit schaffen

Es spricht einiges dafür, daß die Republikaner in der Kombination der drei Elemente – aggressiver Nationalismus gepaart mit Überfremdungsangst, antiwestliche Kulturkritik, autoritäres Erziehungs-, Gesellschafts- und Weltbild – auch *Teile der jungen Generation*, die weltanschaulich freischwebend (der Anteil der Kirchenfernen und Areligiösen ist unter den Republikaner-Wählern besonders hoch) Halt, Anerkennung und Bestätigung suchen, an sich binden können. Die Wahrscheinlichkeit wird um so größer, je mehr auch die *Grünen*, die in manchen Wahlanalysen fälschlicherweise immer noch als linksradikales Gegenbild zu den rechtsradikalen Republikanern hingestellt werden, zu einer „normalen“, in das demokratische System integrierten Reformpartei werden.

Die Tatsache, daß die Repts anders als in ihren Anfangsjahren überproportional bei Jungwählern Zuspruch finden – schon 1989 in Berlin und jetzt wieder in Baden-Württemberg – spricht dafür, daß die gewählten Ansätze – in Grenzen – greifen und auch bei jungen Erwachsenen nicht Protestmotive allein das Wahlverhalten bestimmen. Und der Umstand, daß die Repts bisher ganz überwiegend im Süden Erfolg hatten, spricht angesichts ihrer bayerischen Herkunft nicht dagegen. Rechtsradikale Potentiale – das hat sich in Schleswig-Holstein und in Bremen gezeigt, wo der Einzug Rechtsradikaler nach der deutschen Vereinigung (6,3 Prozent für DVU) begann – gibt es in nicht geringerem Umfang ebenso im Norden. Und

auch im Osten werden sie kaum auf Skinhead-Subkulturen beschränkt bleiben.

Falsch wäre es jedoch, Republikaner und Rechtsradikalismus oder gar Rechtsextremismus einfach in einen Topf zu werfen. Der aggressive Nationalismus der Republikaner zeigt wohl in der Art, wie er nationale und soziale Ressentiments beim Wähler nutzt und „deutsche Werte“ zur Richtschnur sittlich-politischen Handelns erhebt, Annäherungstendenzen an rechtsextremes Gedankengut, stellt sich aber nicht nur taktisch auf den Boden des Grundgesetzes, zu dem er sich durch sein nationalistisches

Leitbild zugleich in Widerspruch setzt. Die Übergänge zu konservativ-nationalem Gedankengut, wie es sich in Teilen sowohl bei Christ- wie bei Sozialdemokraten findet, sind fließend. Die Parteien, gegen die die Republikaner antreten, werden deshalb gut daran tun, weder nach dem Verfassungsschutz zu rufen noch sie etwa in der Ausländer- oder Asylfrage zu überbieten, sondern sich mit deren Fremden- und Europafeindlichkeit, aber auch mit deren Gesellschafts- und Staatsbild argumentativ auseinanderzusetzen, damit Klarheit in die eigenen Reihen kommt.

David Seeber

„Mission ist Werbung für den Glauben“

Ein Gespräch mit dem Marketing-Fachmann Peter Carlberg über die Frage, ob man für Religion werben kann

Ob bei Kirchen- und Katholikentagen oder beim „Jahr mit der Bibel“, bei der Bewußtseinsbildung in Dritte-Welt-Themen oder im Rahmen von Spendenkampagnen kirchlicher Hilfswerke, an den unterschiedlichsten Stellen kirchlichen Lebens spielt mehr oder weniger professionell gemachte Werbung bereits eine wichtige Rolle. Fragt man jedoch, ob für Religion bzw. Glauben geworben werden soll, stutzen die meisten. Ob und, wenn ja, wie man für Religion bzw. Glaube werben kann, und zuvor zu Situation und Arbeitsweise kommerzieller Werbung heute – dazu befragten wir Peter Carlberg, Marketing-Direktor bei der Frankfurter Werbeagentur McCann-Erickson. Carlberg ist auch Vorsitzender des Fachausschusses in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Frankfurt. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Carlberg, wenn der Eindruck nicht täuscht, wird Werbung heute als kultureller Faktor ernster genommen als noch vor zehn, 15 Jahren. Was hat sich eigentlich verändert, damit es dazu kommen konnte?

Carlberg: Das hat mit dem Generationensprung zu tun. Zeitgenossen, die so alt sind wie ich, also die Jahrgänge um 1930 herum, erlebten lange Zeit eine Art von Propaganda, bei der der Ausdruck Werbung durch Agitation ersetzt werden kann. Produktwerbung gab es zwar auch. Aber der wesentliche Teil war die Vermittlung einer Weltanschauung, die durchaus auch ihre Gründe in den Motiven von Leuten hatte, sonst wäre sie nicht so erfolgreich gewesen. Aber es war vor allem Manipulation auf ein gesamt nationales Ziel hin mit einer Zurücknahme von individuellen Wünschen. Nachdem sich die Nation damit zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrhunderts blamiert hatte, gab es bei uns das Gefühl, daß jemand, der zu laut werblich auftritt, vielleicht etwas tut, was nicht mei-

nen ureigensten Bedürfnissen entspricht oder das unehrlich sein könnte oder versucht, mich über den Tisch zu ziehen.

„Institutionen verlieren an Bedeutung, wenn sie ihren Besitzstand nicht durch Kommunikation pflegen“

HK: Schon die Tatsache, daß man inzwischen mehr von Kommunikation als von Manipulation spricht, kennzeichnet einen Umschwung. Hat sich vor allem der Rezipient verändert, indem er selbstbewußter geworden ist, sich nicht mehr per se als Opfer fühlt, oder ist auch die Werbung selbst eine andere geworden, so daß sie weniger Anlaß bietet zu Manipulationsbefürchtungen aller Art?

Carlberg: Beide Faktoren wirken sich hier aus. Es hat sich erstens in Hinblick auf die Personen einiges verändert. Um es einmal ganz drastisch auszudrücken: Die heute 25jährigen sind eigentlich der Meinung, daß sie von den Menschen, die sie vor der Werbung schützen wollen, gar nicht geschützt werden wollen, weil sie sich selber in der Lage sehen, dies kritisch zu beobachten, und auch einen ganz anderen Umgang damit haben. Das Wort „Konsumterror“ taucht wie ein gesunkenes Kulturgut eher bei den 45- bis 50jährigen auf als bei den Jüngeren. Zweitens: Bei den Angeboten, die die Industrie oder das Leben machen, bestimmen primäre Bedürfnisse gar nicht mehr die Auswahl des zu Kaufenden. Wie es angeboten wird, ist wichtig. D. h. unter anderem auch, daß eine originelle Werbung oder ein Gesamtkommunikationskonzept Sympathien finden, die zu Kaufakten führen. Der Unterschied zwischen *Sunil* und *Persil* ist nicht lebensentscheidend, nur *Persil* paßt mir besser in meine Lebenswelt hinein. Werbung ist heute eine Art Vorinformation, ähnlich wie